

2011-05-17

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.03.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

vertreten durch Gebhardt, Udo

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Oberbürgermeister Koschig, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest (derzeit 8 anwesende Mitglieder).

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die zu Sitzungsbeginn ausgereichte Beschlussvorlage der Fraktion der CDU, DR/BV/125/2011, wurde, da nicht fristgerecht zugesandt, als Information in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung (TOP 9.2) aufgenommen.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig (nunmehr 9 anwesende Mitglieder des Ausschusses) beschlossen.

3. Genehmigung der Niederschriften vom 25.11. und 08.12.2010, 19.01., 02.02., 09.02. und 16.02.2011

Die Niederschriften der Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses wurden jeweils aufgerufen und um Genehmigung gebeten. Es ergaben sich folgende Ergebnisse:

Niederschrift vom 25.11.2010	Abstimmungsergebnis: 6:0:3
Niederschrift vom 08.12.2010	Abstimmungsergebnis: 8:0:1
Niederschrift vom 19.01.2011	Abstimmungsergebnis: 8:0:1
Niederschrift vom 02.02.2011	Abstimmungsergebnis: 7:0:2
Niederschrift vom 09.02.2011	Abstimmungsergebnis: 8:0:1
Niederschrift vom 16.02.2011	Abstimmungsergebnis: 6:0:3

Somit wurden alle vorliegenden Sitzungsniederschriften mehrheitlich genehmigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr OB Koschig gab folgende in nichtöffentlicher Sitzung des Ausschusses am 16.02.2011 gefasste Beschlüsse bekannt:

- ▶ Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderung 2006,
- ▶ Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 1999 bis 2002,
- ▶ Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 2002, 2003 und 2006,
- ▶ Aufhebung des Beschlusses Nr. DR/BV258/2009/VI-80 Veräußerung eines kommunalen Grundstückes im Mühlweg,
- ▶ Zustimmung zum Verkauf der Immobilie Am Schlossgarten 19 , Roßlau

5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr OB Koschig kündigte eine durch ihn zu treffende Eilentscheidung zum Antrag auf eine außerplanmäßige Ausgabe für die Beseitigung von Brandschäden an der Rundbogenhalle an. Hierzu konnte der dafür zuständige Haupt- und Personalausschuss nicht fristgerecht herangezogen werden, so dass sich diese Eilentscheidung notwendig macht.

Inhaltlich informierte **Frau Beigeordnete Nußbeck** zum vorliegenden Antrag. Für den ersten Brandschaden erhielt die Stadt in Summe 96 T€, für den zweiten 94 T€. Diese Mittel sollen nun zusammen verwendet werden.

Die Frage, wie verbindlich bzw. sicher der Vertragsabschluss mit dem Investor im April ist, stellte **Herr Schönemann**. Hierauf bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass es zu dem Termin beim Notar zur Unterzeichnung des Kaufvertrages nicht kam, da der Investor davon ausgegangen war, dass die Reparatur schon in Auftrag gegeben wurde. Ergänzend merkte **Frau Guth**, Amtsleiterin Wirtschaftsförderung, an, dass der Investor in einem Gespräch positiv zur Kenntnis genommen hat, dass die Auftragsvergabe nun erfolgen soll.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Bericht der Geschäftsstelle ANHALT 800 zum Arbeitsstand Vorbereitung des Jubiläums

Frau Springer, Projektkoordinatorin in der Geschäftsstelle ANHALT 800, stellte in einer Präsentation die Struktur des Netzwerkes, die Geschäftsstelle und deren Aufgaben, die Arbeitsgruppen und den Aufgabenstand, die 4. Auftaktveranstaltung sowie einzelne Projekte vor.

Das Organigramm ANHALT|800 enthält die Lenkungsgruppe mit dem Vorstand, welcher aus den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Städte Dessau-Roßlau, Köthen, Bernburg, Ballenstedt, Coswig, Gernrode, Harzgerode, Wörlitz und Zerbst, dem Kir-

chenpräsidenten der Evangelischen Landeskirche Anhalt und dem Präsidenten der Hochschule Anhalt besteht. Ferner steht ein Kuratorium beratend zur Seite, dem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur angehören. Die Geschäftsstelle ist ein Zwischenglied von Lenkungsgruppe und Referentenarbeitsgruppe. Aus der Referentenarbeitsgruppe heraus haben sich weitere Arbeitsgruppen gebildet, so für

- Öffentlichkeitsarbeit
- Tourismus
- Ausstellungen
- Wissenschaftliche Begleitung
- Bildung

sowie weitere temporäre Arbeitsgemeinschaften, die nach Bedarf gegründet werden.

In den einzelnen Städten haben sich Lokale Projektgruppen gebildet, denen städtische Organisationen angehören.

Die Arbeitsgruppen kommen in regelmäßigen Abständen zusammen und die Geschäftsstelle erhält deren Protokolle und wird über die Arbeit informiert.

Der Geschäftsstelle ANHALT|800 gehören an die Projektkoordinatorin Maren Springer und die Projektassistentin Janet Stojan. Für das Projekt sind seitens der Stadt Dessau-Roßlau Frau Jutta Ziemba und Herr Steffen Kuras verantwortlich. Die Aufgaben der Geschäftsstelle bestehen aus

- Bündelungs- und Koordinierungsaufgaben,
- der Verbindung der Netzwerkpartner,
- zentraler Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
- der Erstellung des Veranstaltungskalenders, der Internetseite und der Festschrift,
- Markensatzung, Verwaltung der Nutzungsrechte des geschützten Logos ANHALT|800,
- der Betreuung zentraler Projekte und Veranstaltungen (einzelne Projekte übernehmen die Netzwerkpartner selbst) und
- ist Schnittstelle zum Sachsen-Anhalt-Tag, der unter dem Motto ANHALT|800 stattfinden wird.

Die Eröffnung des Jubiläums wird in einem offiziellen Festakt am 03. Februar 2012 im Anhaltischen Theater Dessau stattfinden.

Im Weiteren stellte Frau Springer die einzelnen Arbeitsgruppen und deren Aufgaben vor. Die **AG Öffentlichkeitsarbeit** habe in einem ersten Workshop den Slogan „Anhalt, ideenreich und bärenstark“ erarbeitet. Der Slogan wurde noch nicht öffentlich bekannt gegeben, es wird einen entsprechenden Auftakt in der Presse dazu geben. Die Leitung dieser AG hat die Geschäftsstelle ANHALT|800 inne.

Die **AG Vermarktung/Tourismus** hat sich mit der Erarbeitung von 4 Broschüren befasst. Sie sind fertig gestellt und in den Tourismus- und Stadtinformationen erhältlich. Auf verschiedenen Messen werden diese Broschüren präsentiert. Diese Arbeitsgruppe hat weiterhin den Anhaltischen Tourismustag sowie den Anhaltischen Gästeführertag initiiert und wird von Herrn Lutz Osterland (Köthen Kultur und Marketing GmbH) geleitet.

Die **AG Wissenschaftliche Begleitung** unter der Leitung von Dr. Andreas Erb vom Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, befasst sich mit der Vorbereitung von Kolloquien, Tagungen und Publikationen zu verschiedenen Themen rund um Anhalt.

Eine Wanderausstellung mit 34 Roll-Ups zu 7 Themen (Land, Kulturgeschichte, Wirtschaftsstandort, Mensch & Natur, Bildung & Erziehung, Musik, Religion) wurde durch die **AG Ausstellung** unter Leitung von Andreas Dittmann (Kulturamt Stadt Zerbst/Anhalt) und Günter Ziegler (Kulturamt Stadt Dessau-Roßlau) erarbeitet.

Das Jubiläum soll auch dazu anregen, dass sich Schüler und Jugendliche mit dem Thema beschäftigen. Dazu hat sich eine **AG Bildung** unter Leitung von Margitta Gottlob (Referat Schulen am Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt) gebildet. Sie erarbeitete eine Konzeption zur Teilnahme der Schulen am Jubiläum, begleitet und koordiniert Schulprojekte und ist verantwortlich für die Ausschreibung und Betreuung von Wettbewerben.

Die Auftaktveranstaltung „Anhalt wir sind auf dem Weg“ - eine Veranstaltung der Initiative der Dessauer Leuchttürme für Bildung und Kultur - findet am 6. Mai 2011, ab 18.00 Uhr im Park Georgium Dessau statt. Ziel der Veranstaltung sind das Auslösen von Impulsen für die Region und die Sponsorengewinnung. Die Netzwerkpartner arbeiten bei der Programmgestaltung mit.

Projekte der Evangelischen Landeskirche Anhalts:

- Die Landeskirche Anhalts präsentiert sich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 1. bis 5. Juni 2011 in Dresden mit einer schwimmenden „Bo(o)tschaft“ über die historische Region Anhalt. Das MS „Marco Polo“ startet am 30. Mai, 10.30 Uhr, am Dessauer Kornhaus und wird am 1. Juni zum „Abend der Begegnung“ in Dresden eintreffen.
- Der Anhaltische Kirchentag 2012 findet in Ballenstedt unter dem Motto „Ein feste Burg“ statt. Das traditionelle Christentreffen ist vom 9. bis 10. Juni 2012, wozu über 2000 Besucher erwartet werden.
- Das Projekt „Nachhaltiges Anhalt“ beinhaltet die Gründung einer Anhaltischen Landschaft bzw. Region und soll nach dem Jubiläum wirken. Herr Kirchenpräsident Liebig erarbeitet ein Thesenpapier.

Weitere Projekte sind

- Burg Anhalt - Das Anliegen besteht darin, der Burg Anhalt mehr Aufmerksamkeit zu widmen, d. h. die Burgruine wieder zum Leben zu erwecken und sie besser touristisch zu erschließen. Die Stadt Harzgerode hat die Projektkoordinierung übernommen. Es gibt das Angebot zur Unterstützung bei der Planung des touristischen Wegbaus von der Hochschule Anhalt.
- Es gibt zwei Projekte für unterschiedliche Anhalt-Karten:
 1. Erarbeitung durch Studenten der Hochschule Anhalt, vorrangig für Internetnutzung auf der Grundlage von GIS-Daten und
 2. Karte als Faltplan vom Verein für Anhaltische Landeskunde und der Stadt Dessau-Roßlau mit heutiger Topographie und darüber gelegter Darstellung historischer Grenzen.
- Philatelie
- Meilensteine
- Hörbuch
- Theaterprojekte
- Songwettbewerb ...

Frau Springer unterbreitete das Angebot, zu detaillierten Auskünften auf die Geschäftsstelle ANHALT|800 zuzukommen, welche gern zur Verfügung steht.

Herr OB Koschig bedankte sich für die Ausführungen und sprach an alle Fraktionen die Einladung aus, sich an den lokalen Arbeitsgruppen zu beteiligen und sich einzubringen.

Im weiteren Verlauf ging **Frau Springer** auf Fragen der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses ein, so zur touristischen Vermarktung und Finanzierung der Projekte von **Herrn Schönemann**. Sie merkte an, dass die Vermarktung in den Händen der AG Vermarktung/Tourismus liegt. Die Geschäftsstelle gebe Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltungen. Richtig ist auch, dass viele Projekte nicht umgesetzt werden können, weil letztendlich auch die Finanzierung fehlt. Insgesamt funktioniere diese durch die Projektfinanzierung, die beim Land angemeldet und zugesagt wurde. Inwieweit dann auch die Mittel da sind, könne Frau Springer nicht sagen.

Hinsichtlich der Finanzierung merkte **Herr Koschig** an, dass es nicht gelungen sei, ein Anhalt-Budget zu erhalten, man lasse hier aber nicht locker. Es sollen z. B. dadurch Kleinprojekte gefördert werden, die nicht in die vorhandenen Finanzierungen hineinpassen.

Von Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses wurden Anregungen gegeben,

- die Gremien längerfristig zu nutzen, auch für die anstehende Bauhausdekade, um hier keine Zeit zu verlieren;
- den Berliner Anhalter Bahnhof für Werbezwecke zu nutzen.
- die im Landtag von Sachsen-Anhalt sitzenden Vertreter der Stadt zu gewinnen, etwas für den Anhaltischen Raum zu tun.

Zur Frage, wann der Start der Web-Seite erfolgen wird, erklärte **Herr Koschig**, dass Frau Ziemba den Auftrag erhalten habe, diese zu starten ohne Rücksicht auf noch nicht erfolgte Meldungen. Zum Vorschlag Anhalter Bahnhof kommend, berichtete Herr Koschig, dass es Gespräche mit der Staatskanzlei gibt, auf dem Anhalter Bahnhof ein Open-Air-Konzert der Anhaltischen Philharmonie zu geben. Betreffs der Landtagsabgeordneten wies Herr Koschig darauf hin, dass einige bereits im Kuratorium mitarbeiten. Ein Schreiben an andere Abgeordnete könne nach der Konstituierung des Landtages erfolgen.

Herr Ehm wies darauf hin, dass die historischen Grenzen von Anhalt an denen der Deutschen Bahn nachzuvollziehen seien. In der Nähe von Jütrichau fange so z. B. der Kilometer 0 an, was die Anhalt-Grenze war.

Herr Dr. Neubert wies darauf hin, dass bei dem Slogan „Anhalt ideenreich und bärenstark“ ein Satzzeichen eingefügt werden sollte, z. B. „Anhalt: Ideenreich und bärenstark“.

Herr Koschig verwies abschließend auf die Präsentation im Kulturausschuss und darauf, dass dieser regelmäßig über den Fortgang der Vorbereitung informiert werde.

6.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Giese-Rehm fragte nach, wie es künftig in der Stadt weitergehe, da in bestimmten Bereichen die dort bisher tätigen Zivildienstleistenden wegfallen werden.

In der OB-Dienstberatung wurde verabredet, die Zivildienststellen auslaufen zu lassen, erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Richtig ist, dass ein neues Bundesgesetz auf freiwilliger Basis in der Erörterungsphase ist. Es gibt noch keine Vorstellungen, wie die finanzielle Ausgestaltung aussehen wird. Wenn sich ein klares Bild abzeichnet, werde die Stadt kontinuierlich daran arbeiten.

Herr Bönecke drückte sein Missfallen aus, dass das ehrliche Bemühen von Stadträten, zu Lösungen für die Stadt zu kommen, durch einzelne Stadträte diffamiert und als Selbstverwirklichung, Populismus o. Ä. bezeichnet wird. Wenn wir uns mit sachlichen Argumenten nicht auseinandersetzen können, sei es s. E. ein Armutszeugnis. **Herr Schönemann** merkte an, er werde sich zum Thema im Rat äußern.

Herr Koschig wies auf eine Einladung für ein Benefizkonzert für Japan am 1. April auf der Bauhausbühne hin. Des Weiteren informierte er darüber, er habe an Frau Bundeskanzlerin Merkel geschrieben und mitgeteilt, sollte die Bundesrepublik erwägen, Hilfe für die Opfer aus Japan zu leisten, sei Dessau-Roßlau bereit, Opfer in Dessau aufzunehmen, da Wohnraum zur Verfügung steht. Die Bundeskanzlerin habe das Angebot aufgenommen. Im Moment werde noch nicht an so etwas gedacht, es könne sich aber noch ergeben.

7. Beschlussfassungen

7.1 Neufassung Gesellschaftsvertrag des Medizinischen Versorgungszentrums am Städtischen Klinikum Dessau gGmbH (MVZ SKD GmbH) Vorlage: DR/BV/096/2011/II

Frau Beigeordnete Nußbeck gab eine Einführung in die Vorlage. Sie verwies dabei auf das angestrebte Ziel eines Mustervertrages für unsere GmbH, um eine Vereinheitlichung einzuführen. Es sollte aber auch eine Vereinfachung entstehen, indem große Teile aus dem Gesellschaftsvertrag herausgelöst und diese in eine Geschäftsordnung der Geschäftsführung und in eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates eingebettet werden. Damit soll es künftig möglich sein, wenn dort Änderungen bei der Zuweisung von Aufgaben erforderlich werden, dass dann nicht grundsätzlich der Gesellschaftsvertrag, sondern nur die Geschäftsordnung geändert werden muss.

Anlass dafür, dass mit diesem vorliegenden Vertrag MVZ angefangen wurde, war, auch den Gesellschaftszweck nochmals zu erweitern. Bisher war er immer auf das Territorium der Stadt begrenzt und wir wollen, dass die Gesellschaft auch außerhalb der Gemeindegrenzen agieren kann (§ 2).

Die zustimmungspflichtigen Geschäfte (bisher im § 10) wurden im Wesentlichen in die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat übergeleitet und darüber hinaus durch weitere zustimmungsbedürftige Geschäfte ergänzt.

Künftig gebe es zwei Geschäftsordnungen, einmal für den Aufsichtsrat und eine für die Geschäftsführung. Diese sollen morgen durch den Aufsichtsrat beschlossen werden,

die dann vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gesellschaftsvertrages im Stadtrat auch in Kraft treten können.

Darüber hinaus wurden weitere Aufgaben für den Aufsichtsrat zugewiesen, wie Festlegung und Fortschreibung der mit der Gesellschaft mittelfristig verfolgten Ziele (Unternehmenskonzept), die Wahl des Abschlussprüfers, Auswahl der Geschäftsführer sowie Anhörung vor deren Abberufung. Des Weiteren wurden einige Berichtigungen vorgenommen.

Für bedenklich halte er, dass lt. § 13 der OB allein Gesellschafter ist, erklärte **Herr Kolze**. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Gesellschafterversammlung ein Gremium sein sollte. Dies sei rechtlich nicht möglich, erwiderte **Frau Nußbeck**, der Oberbürgermeister vertritt die Gesellschaft. Gerade deshalb wurde aber gesagt, dass bei diesen Entscheidungen auch der Stadtrat das Gremium sei.

Für **Herrn Bönecke** stellte sich der Informationsfluss als Problem dar. Er bezog sich auf die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, § 7 (1) zur Verschwiegenheitspflicht. Das Organ ist der Stadtrat, betonte **Frau Nußbeck**, dieser hat Anspruch auf Berichte aus der Gesellschaft.

Herr Schönemann merkte an, ein Problem mit der Besetzung der Gremien zu haben. Er könne sich mit dieser Lesart nicht einverstanden erklären, da sie das Wahlergebnis von 2007 konterkariert.

Dies erscheine ihr unverständlich, erklärte **Frau Nußbeck**, da der Aufsichtsrat von der Größe her nicht angetastet wurde. Die Gesellschafterversammlung sei per Gesetz definiert. Betreffs des von Herrn Bönecke angesprochenen Problems mit der Verschwiegenheitspflicht sagte Frau Nußbeck zu, die Formulierung nochmals zu überdenken, damit klar ist, dass die Mandatsträger mit eingeschlossen sind.

Sich auf § 9, Abs. 1, 3 und 4 des Gesellschaftsvertrages beziehend, sprach **Herr Giese-Rehm** Dopplungen in den Formulierungen zur Nachbesetzung an. Hier sollte ein neuer Absatz die Bestimmungen für die Neubesetzung der ausscheidenden/abzuberufenden Mitglieder enthalten.

Herr Schönemann stellte den **Antrag**, die Beschlussfassung zur Vorlage zu **vertagen**.

Frau Nußbeck verwies daraufhin auf die Dringlichkeit der Beschlussfassung. Auf die Frage von **Herrn Bönecke**, ob es rechtliche Gründe gebe, die gegen eine Vertagung sprechen, entgegnete Frau Nußbeck, es gebe lediglich den Zeitdruck, da das MVZ seine Handlungen außerhalb des Territoriums der Stadt legitimieren möchte.

Der **Antrag auf Vertagung** kam zur Abstimmung und wurde mit 7:2:0 Stimmen **angenommen**.

7.2 Neufassung der Betriebssatzung des Anhaltischen Theaters Dessau Vorlage: DR/BV/085/2011/II-30

Eine Einführung zur Vorlage wurde durch Frau Beigeordnete Nußbeck gegeben. Ziel sei, im Anhaltischen Theater eine Betriebsleitung zu installieren.

In der Aussprache wurde Zustimmung signalisiert.
(Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses waren nach Erscheinen von Herrn Eichelberg zwischenzeitlich vollzählig anwesend.)

Der Neufassung der Betriebssatzung des Anhaltischen Theaters Dessau wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.3 Abschluss eines Konzessionsvertrages OT Brambach, Rodleben, Streetz, Mühlstedt, Sollnitz, Kleutsch; Abschluss eines Abtretungsvertrages
Vorlage: DR/BV/046/2011/II-30**

In ihrer kurzen Einführung wies **Frau Nußbeck** darauf hin, dass das nächste Verfahren für Roßlau eröffnet ist.

Dem Abschluss des Konzessionsvertrages wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.4 Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages für das Stadtgebiet Dessau und das Stadtgebiet Roßlau sowie die Ortsteile Rodleben und Mühlstedt; Abschluss eines Abtretungsvertrages.
Vorlage: DR/BV/048/2011/II-30**

Der Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages wurde empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.5 Einrichtung eines Integrationsbeirates für die Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/095/2011/I-GSB**

Zur Beschlussvorlage erklärte **Herr Schönemann**, dass seitens seiner Fraktion umfangreiche Änderungen beantragt werden, die Herr Schwierz hier vortragen würde.

Herr Schwierz verwies zunächst auf § 1, Abs. 3. Hier seien in der Aufzählung die Ortschaftsräte zu ergänzen, die in ihre Entscheidungsfindung den Integrationsbeirat mit einbeziehen sollten.

Herr OB Koschig unterbrach und wies darauf hin, dass alle Fraktionen aufgerufen worden waren, ihre Änderungswünsche mitzuteilen. **Herr Schwierz** entgegnete, vor Weihnachten 2010 gab es eine entsprechende Email seiner Fraktion. **Frau Paul**, Integrationsbeauftragte der Stadt, bestätigte, dass Änderungswünsche eingegangen sind. Sie wurden auch insofern bearbeitet, dass darauf eingegangen wurde. Die Satzung wurde gleich gestaltet mit denen des Senioren- und Behindertenbeirates, was auch die Forderung war. Allerdings war die Beteiligung der Ortschaftsräte nicht mit vorgeschlagen worden.

Man befinde sich im Verfahren, erklärte **Herr Schönemann**, und habe generell das Problem, dass die Satzung in maßgeblichen Dingen nicht geändert worden ist. Seine Fraktion habe gesagt, sie wolle den Integrationsbeirat dem Ausländerbeauftragten als unterstützendes Gremium zur Seite stellen. Wenn man die Satzung lese, sehe das anders aus. Er wolle jedoch darauf bestehen, da es eine Grundsatzfrage sei.

Herr Schwierz setzte die Darlegung der Hinweise der Fraktion Die Linke fort und merkte an, im § 3, (6) 3. gehe es um die gemeinsame Berichterstattung zur Situation der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund. Er betonte, das der/die Ausländerbeauftragte der Ansprechpartner sei und nicht der/die Integrationskoordinator(in).

Herr OB Koschig wies an dieser Stelle darauf hin, dass über das Rechtsamt alle Fraktionen über das Rederecht in Ausschüssen informiert worden waren. Wenn hier Herr Schwierz, welcher nicht Mitglied des Haupt- und Personalausschusses ist, das Rederecht beansprucht, müsse dies vom Gremium auch förmlich eingeräumt werden. Heute bestehe allerdings keine Notwendigkeit dazu, da die Fraktion mit beiden Mitgliedern vertreten ist.

Frau Falkensteiner, Gleichstellungsbeauftragte, ergriff das Wort und bat um die Klärung einer Verständigungsfrage. Anfang des Jahres habe man alle Fraktionen zu dem neuen Satzungsentwurf um eine Stellungnahme gebeten. Dazu gebe es ein Schreiben der Fraktion Die Linke, wozu Frau Paul bereits etwas gesagt habe. Alle jetzt angesprochenen Punkte seien vorher nie an sie herangetragen worden.

Sie habe das Gleiche wieder eingereicht, was bereits schon einmal zum Dissens geführt hat, erwiderte **Herr Schönemann**. Dies sei nicht in Ordnung und keine Herangehensweise. Er sehe darin eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber den Fraktionen.

Man habe diese Satzung bewusst denen der Interessenvertretungen der Senioren und der Menschen mit Behinderung angepasst, betonte **Frau Falkensteiner**. Alle Anregungen wurden aufgenommen, in der Hauptsatzung seien nunmehr der Ausländerbeauftragte und der Integrationsbeirat enthalten.

Die SPD-Fraktion habe im Wesentlichen kein Problem mit dieser Vorlage, erklärte **Herr Gebhardt**. Es sei auch an der Zeit, einen Integrationsbeirat einzurichten. Einige Dinge könne man sicherlich novellieren, grundsätzlich stimme man der Vorlage zu.

Das Problem der Fraktion Pro Dessau-Roßlau sei weniger die Anpassung der Satzung an die sonstigen Beiräte, erklärte **Herr Bönecke**. Es gebe aber für den Seniorenbeirat einen Seniorenbeauftragten. Darauf liege das Hauptaugenmerk: Es gibt den Seniorenbeauftragten und der Seniorenbeirat unterstützt ihn. Es gibt also die Befindlichkeiten an der Stelle, dass der Ausländerbeauftragte praktisch in der Satzung nicht auftaucht.

Hier entgegnete **Frau Falkensteiner**, die Ausländerbeauftragte der Stadt ist Frau Karnatz. Sie ist völlig unabhängig vom Integrationsbeirat. Selbstverständlich werde man in Zukunft zusammenarbeiten.

Frau Karnatz erhielt das Wort. Sie bestätigte die Aussagen von Frau Falkensteiner und stellte die Frage in den Raum, warum die ausländischen Mitbürger sich nicht selbst ver-

treten sollen. Sie würde auch mit ihnen zusammenarbeiten und die Arbeit würde sich ergänzen.

Es gehe nicht darum, Integrationsbeirat oder nicht, stellte **Herr Schönemann** richtig. Die Frage sei, wie qualifiziert, wie demokratisch ist dieses Gremium und welche Akzeptanz hat es im Rat und in der Bevölkerung dieser Stadt.

Das Ob stehe überhaupt nicht zur Disposition, legte **Herr Kolze** dar. Allerdings habe er selbst das Anliegen, im § 5 Abs. 4 und 5 den Ausschlussstatbestand festzuschreiben, dass Zugewanderte ohne rechtmäßigen Aufenthalt nicht zu integrieren sind. Das wäre sonst nicht im Sinne des Gesetzgebers.

Dem stellte **Herr Schwierz** entgegen, man sollte sich vorstellen und dem Bürger erklären, dass bspw. im Beirat für Menschen mit Behinderung solche mit einer bestimmten Behinderung nicht aufgenommen werden. Das gehe nicht, es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und man könne z. B. nicht sagen, Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft haben dort nichts zu suchen.

An Frau Paul und Frau Falkensteiner gab **Herr OB Koschig** den **Auftrag** zu prüfen, ob der Hinweis von Herrn Kolze aufgenommen werden kann. Frau Falkensteiner und Frau Paul sagten zu, eine korrigierte Fassung zur Sitzung des Stadtrates am 13.04.2011 auszureichen.

Herr Bönecke stellte eine Nachfrage. Eigentlich sei er davon ausgegangen, dass der Integrationskoordinator und der Ausländerbeauftragte letztendlich zu einer Person verschmelzen werden.

In ihrer Beantwortung erklärte **Frau Paul**, der Integrationskoordinator ist vom Land eingerichtet und zunächst für 5 Jahre befristet festgeschrieben worden. Der Unterschied zum Ausländerbeauftragten sei, dass es eine rein administrative Aufgabe, also Verwaltung sei. Der Integrationskoordinator hat keine Interessenvertretungsfunktion.

Oberbürgermeister Koschig unterbreitete den Vorschlag, den Ausländerbeauftragten ebenfalls mit beratender Funktion in den Beirat zu integrieren. Im § 5 Abs. 4 und 5 (Vorschlag Herr Kolze) würden dann entsprechende Ergänzungen für den Stadtrat ausgereicht.

Herr Schönemann sagte zu, unabhängig davon die sonstigen Anträge seiner Fraktion in Änderungsanträge zu fassen und im Rat einzureichen. Ebenso werde der Bitte von Herrn Kolze, diese als Fraktion bereits vorher zu erhalten, entsprochen.

In der Vorlage sei keine Regelung zum Finanzbedarf ersichtlich, merkte **Herr Bönecke** abschließend an. Hierin stehe lediglich, „finanzielle Aufwendungen entsprechend der Satzung des Beirates für Integration“. Die Satzung des Integrationsbeirates aber enthalte keine Regelung zum Finanzbedarf.

Es wurde von **Frau Falkensteiner** angemerkt, dass auf dem Deckblatt in den gesetzlichen Grundlagen die Entschädigungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau aufgeführt sei.

Herr OB Koschig brachte die Beschlussvorlage einschließlich der besprochenen Änderungen zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:2

**7.6 Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten
der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/094/2011/V**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Berufung von Herrn Scholz einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.7 Berufung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/089/2011/V-50**

Die Berufung der vorgeschlagenen Mitglieder des Seniorenbeirates wurde mehrheitlich empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 8:1:1

**7.8 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen
mit Behinderungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/090/2011/V-50**

Herr Schönemann wies darauf hin, dass es bis zur Sitzung des Stadtrates evtl. noch zu einer Neubenennung eines Mitgliedes seitens seiner Fraktion geben werde.

Der Berufung der vorgeschlagenen Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.9 Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Wittenberg und
der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Durchführung der Handels-
klassenüberwachung
Vorlage: DR/BV/032/2011/V-53**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

7.10 "Wachstums- und Infrastrukturentwicklungskonzept für die gewerbliche Wirtschaft der Stadt Dessau-Roßlau als Oberzentrum der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg"
Vorlage: DR/BV/054/2011/VI-80

Das Wachstums- und Infrastrukturentwicklungskonzept widerspreche seines Erachtens dem Leitbild, merkte **Herr Bönecke** an. Es fehle ein klares Bekenntnis zum Produktionsstandort und man sollte sich nicht auf den Wissenschafts- oder Tourismusstandort beschränken. Im Leitbild bekenne man sich deutlich zur Produktion. Was gänzlich aus dem Konzept herausgestrichen werden sollte, ist das Schlechtreden unserer Gewerbeflächen. Es muss klar herausgearbeitet sein, dass wir Flächen haben, große Flächen und zum Teil erschlossene Flächen, die mit einem relativ überschaubaren Aufwand auch für größere Investitionen aktivierbar sind, und dass wir in der Lage sind, solche Flächen zu entwickeln.

Insoweit bat **Herr Bönecke** um eine deutliche Ergänzung, da der Stadt nicht gedient ist, wenn wir unsere Flächen schlecht reden, auf Flächen in Thalheim oder Bitterfeld verweisen und die entsprechenden Landkreise bzw. Städte an der Stelle unterstützen.

Auf Nachfrage von **Herrn Koschig**, ob Herr Bönecke damit das interkommunale Industriegebiet ablehne, verneinte es dieser und betonte, unser Hauptaugenmerk sollte aber wesentlich stärker darauf gelegt werden, unsere Vorteile und Potentiale zu zeigen.

Herr Beigeordneter Hantusch erklärte, man müsse die Zielrichtung sehen. Wir brauchen ein Konzept, um auch dem Fördermittelgeber zu sagen, in welche Richtung wir demnächst gehen wollen. Es heißt, eigentlich ist es eine SWOT-Analyse. Die Fördermittelgeber verlangen solche Konzepte, aus denen er erkennen kann, dass wir bestimmte Dinge wollen. Richtig sei, dass wir Gewerbegebiete und -flächen haben, aber die Frage ist, ob sie die richtige Qualität und Quantität haben. Dazu müsse Herr Hantusch nein sagen. Am Beispiel Flugplatz führte er an, Angebote gemacht und die Anbindung an die A 9 aufgezeigt zu haben. Hier war es mit der Begründung abgelehnt worden, dass es eine zu große Entfernung ist. Maßgebend sei also die Nachfrage. Hier stehe man in Konkurrenz mit anderen Kommunen und Landkreisen. Mit der SWOT-Analyse habe man also ganz klar die Basis zu legen, um Förderung zu bekommen. Deshalb wurde sie gemacht und sie ist ein internes Dokument.

An das von Herrn Bönecke Gesagte anknüpfend, legte **Herr Ehm** dar, in der Analyse sei zwar richtig die Schlussfolgerung gezogen worden, dass wir ein demografisches Problem haben, aber in der Ausführung wurde keine Konsequenz aufgezeigt, wie wir davon wegkommen könnten. Das kann nur durch Arbeitsplätze erreicht werden, wobei aber in der Analyse dazu ein erhebliches Defizit besteht, weil der gesamte produzierende Bereich fehlt. Herr Ehm verwies auf die Deutsche-Bahn-Werke, die Stadtwerke, innovative Betriebe in der Medizintechnik. Weiterhin gebe es das Beispiel Umwelttechnik. In Dessau-Roßlau würden gerade Windkraftanlagen gebaut. Der gesamte Mittelstand fehle. Wir brauchen das alles als Lebensgrundlage für die Menschen um die demografische Katastrophe umzudrehen. Wir brauchen die Produktion auch als Steuerzahler für die Stadt, brauchen Wert schöpfende Produktion. Nur Forschung und Verwaltung reiche dafür einfach nicht aus. Es müsse eine gesunde Wertschöpfungskette aufgebaut werden, von der am Ende auch die Stadt durch Steuereinnahmen lebt. Auch im Hinblick auf wissenschaftliche Dinge stellen wir unser Licht völlig unter den Scheffel, z. B. das WTZ mit internationaler Bedeutung im Motorenbau sei nicht enthalten.

Herr Hantusch wies darauf hin, dass den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses eine Kurzfassung der SWOT-Analyse ausgereicht worden sei. In der Langfassung stehe natürlich etwas zur Produktion. Es wäre natürlich schlecht, wenn man auf Produktion verzichten wollte. Die Langfassung könne gern zur Verfügung gestellt werden.

Betreffs des angeführten interkommunalen Industriegebietes fragte **Herr Ehm** nach, ob bekannt sei, wo und wie dieses bereits funktioniert habe. Hierauf entgegnete **Herr OB Koschig**, in Bietigheim-Bissingen funktioniere es sehr gut. Es funktioniere auch, wenn alle es wollen. **Herr Hantusch** führte als Beispiel das nördliche Ruhrgebiet an, wo es erfolgreich sei.

Auf eine nicht funktionierende Zusammenarbeit wies **Herr Ehm** mit dem Dessora-Park hin, bei dem die Zusammenarbeit seitens Dessau beendet wurde.

Es gebe überhaupt nur noch eine Stelle, wo die Möglichkeit besteht, an eine Fernverkehrsstraße (sichtbar und nicht versteckt) anzukoppeln, erklärte **Herr Koschig**. Darauf ziele der Vorschlag mit dem interkommunalen Industriegebiet. Auf Zwischenfrage von **Herrn Bönecke**, um welches es sich handle, nannte **Herr Koschig** die B 6n bei Quellendorf. **Herr Ehm** merkte an, auch das liege im benachbarten Landkreis.

Zurückkommend auf die Produktion bzw. das produzierende Gewerbe, legte **Herr Bönecke** dar, dieses insoweit außen vor zu lassen, indem nur noch von einem Wissen-Oberzentrum-Tourismus gesprochen wird, halte er für höchst bedenklich. Nochmals zur Anbindung an die Bundesstraße wies Herr Bönecke darauf hin, dass Halle bisher keinen Erfolg verzeichnen kann.

Es wurde mehrfach versucht, Schnittstellen zu anderen Landkreisen zu erstellen, merkte **Herr Schönemann** an. Er führte als Beispiele die Gebietsangelegenheiten oder das Gartenreich an, welche in Magdeburg auf politischer Ebene verhindert wurden. So gebe es das Beispiel Tourismusprojekt Luther. Dieses sei ohne ein Gartenreich nur die Hälfte wert. Man müsse sich auf die eigenen Potentiale konzentrieren. Herr Schönemann bemängelte, dass z. B. der Hafen Roßlau überhaupt keine Rolle spielt.

Seitens der Fraktion sei durch Herrn Pätzold ein Änderungsantrag vorbereitet worden, welcher vielleicht ein Weg sei, das Papier zu qualifizieren und nicht zu blockieren. Man sei schon der Meinung, dass die Wertschöpfung im maßgeblichen Sinne auch in Richtung Steuerkraft gesetzt werden muss. Der Änderungsantrag sehe die Streichung der Beschlussvorschläge 1. und 2. vor und mit dem Punkt 3 könne man die Aufgabenstellung auf den Weg bringen.

Seinen ausdrücklichen Widerspruch gab **Herr Ehm** zu dem Satz „Die Option ‚Bauhaus-universität‘ wird nicht empfohlen,...“ (Seite 11 der Anlage 2) zur Kenntnis. Dies sei eines der wichtigsten Pfunde, die man in dieser Stadt habe und was unbedingt und schnellstens realisiert werden sollte.

Herr Hantusch richtete sich an Herrn Ehm und verwies auf die in dessen Fraktion vorliegende Langfassung. In dieser werde auf Seite 69 oben eine Wertung genannt: „Dem Produktionsstandort Dessau-Roßlau wird auch zukünftig eine hohe Bedeutung innerhalb der regionalen Wirtschaftsstrukturen zukommen.“

Herr Eichelberg fragte nach, ob es richtig sei, dass im Wirtschaftsausschuss auch die Langfassung besprochen worden ist. Das Projekt wurde sowohl in der Zwischeninformation als auch in der Endfassung in einem sehr umfangreichen Workshop sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Wirtschaftsbeirat vorgeführt und erläutert, entgegnete **Herr Hantusch**. Dabei sei man genau auf den Wirtschaftsstandort eingegangen. Natürlich habe er in der Zukunft auch Bedeutung. Die Ausreichung der Kurzfassung sei aus arbeitsökonomischen Gründen erfolgt.

Auf die erneute Kritik von Herrn Ehm zu dem s. E. widersprüchlichen Beschlussvorschlag, entgegnete **Herr Hantusch**, auch im Leitbild habe man sich fokussiert auf die Wirtschaft und das Bauhaus. Es könne die Frage gestellt werden: Spielt das Theater keine Rolle mehr?

Offensichtlich sei eine Klausurtagung über die Wirtschaftsförderung erforderlich, sagte **Herr OB Koschig**. Es gebe eine ganze Reihe von Unternehmen in der Stadt, die in der Bestandspflege sind und von der Stadt unterstützt werden. Es geht darum, wie können wir mit den wenigen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, den größten Nutzen für die Stadt mit dem höchsten Aufmerksamkeitseffekt erreichen, damit sich Neuansiedlungen ergeben. Wenn man sich aber seit fast 20 Jahren für eine Bauhausuniversität „blutige Nasen“ geholt hat, dann muss man einmal sagen, das funktioniert nicht und es soll nicht weiter verfolgt werden. Man muss sich nach neuen, Erfolg versprechenden Optionen, was universitäre Ausbildung betrifft, umsehen. Wir haben bei dieser Suche noch vollkommen neue Felder aufdecken können, die in dem Konzept enthalten sind. Auf diese Dinge wollen wir uns konzentrieren, weshalb sie hier auch oben stehen. Vielleicht sollte man dies alles aber einmal in einer kleineren Runde ruhig besprechen.

Herr Hantusch merkte an, dass es Unverständnis zum Verfahren gibt. Der Haupt- und Personalausschuss sei der wichtigste Ausschuss vor dem Stadtrat, dennoch habe man einen Fachausschuss. Im Wirtschaftsausschuss wurde das Thema intensiv behandelt und er hat es begleitet. Er habe mit 5:1:0 dafür gestimmt. Ebenfalls der Wirtschaftsbeirat habe das begleitet. Da die CDU im Ausschuss gut vertreten sei, sollte Herr Ehm in seiner Fraktion nachfragen, um Fragen zu klären.

Jede Fraktion habe die Langfassung, stellte **Herr Eichelberg** fest. Im Wirtschaftsausschuss, in dem er Mitglied ist, wurde darüber diskutiert. Er erwarte eine entsprechende Rückkopplung in den Fraktionen. Wenn dies nicht erfolge, könne man sich die Beratung in den Ausschüssen sparen.

Herr Ehm betonte, ihm liege als Mitglied des Haupt- und Personalausschusses ein Papier vor, zu dem er Fragen bzw. Einwände habe. Diese habe er hier vorgetragen und er bitte, sie zu berücksichtigen. Ein grundlegender Mangel sei nach wie vor, dass das produzierende Gewerbe fehlt.

Ebenfalls **Herr Bönecke** bestätigte, dass in der Fraktion die Langfassung vorliegt. Er habe sich jedoch auf den Beschlusstext konzentriert, in dem steht die Entwicklungsstrategie „Wissen-Oberzentrum-Tourismus“, was er vor dem Hintergrund Produktionsstandort und Potentiale dieser Stadt für falsch halte.

Unabhängig von seinen beiden Vorrednern bedauerte **Herr Pätzold**, dass es versäumt wurde, die Vorlage schon viel eher auf die Tagesordnung zu setzen. Der Inhalt der Be-

schlussvorlage sei schon im September bei der IHK mehr oder weniger vorgetragen worden. Herr Pätzold trug den **Änderungsantrag** nochmals vor: **Streichung der Beschlussvorschläge 1. und 2.**, so dass nur der unter 3. genannte Vorschlag verbleibt. Damit werde sowohl dem Inhalt der Kurz- als auch der Langfassung Rechnung getragen.

Der Oberbürgermeister brachte den **Änderungsantrag** zur Abstimmung. Er wurde **mehrheitlich angenommen**.

Der Beschlussvorschlag wurde geändert angenommen.

Abstimmungsergebnis: 9:1:0

7.11 Erhebung von Daten im Rahmen des Modellprojektes "Standortfaktor Immobilien - Potenzialanalyse für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg"
Vorlage: DR/BV/060/2011/VI-80

Herr Bönecke verwies darauf, dass der Finanzierungsbedarf nicht ausgewiesen wurde. **Frau Guth**, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, erläuterte, dass man einen Fehler gemacht habe bei der Beschlussfassung zum Gewerbeimmobilienspiegel. Wie sie bereits in der Haupt- und Personalausschusssitzung gesagt habe, war dieser Vorgang nicht mehr aufzuhalten, ohne dass das gesamte Verfahren hätte von vorn beginnen müssen. Sie hatte dafür um Verständnis gebeten und erklärt, dies durch einen nachträglichen Beschluss heilen zu können. Dieser liege nun vor und es gebe an der Stelle keine finanziellen Auswirkungen. Die Kosten sind in der Ursprungsvorlage enthalten und Frau Guth reiche die Aufstellung gern nach.

Wann mit der Realisierung zu rechnen ist, fragte **Herr Schönemann** nach. Darauf erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, man liege im Zeitplan und die Realisierung wäre Mitte 2011. Auf die Frage von **Herrn Pätzold**, wie der Rücklauf der Befragung ist, teilte **Herr Hantusch** mit, dass dieser mäßig sei und man sich an den Wirtschaftsbeirat und die Presse mit der Bitte um Unterstützung gewandt habe.

Der Beschluss zur Vorlage ergab mehrheitliche Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: 8:0:2

7.12 Entwicklungskonzept für die Achse zwischen Bahnhof und Stadtpark und Maßnahmebeschluss für erste Umsetzungen
Vorlage: DR/BV/075/2011/VI-65

Es gab eine Einführung in die Vorlage durch **Herrn Bekierz**, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement. Er teilte mit, dass in der Vorberatung durch den Wirtschaftsausschuss und den Bauausschuss Hinweise zur Verbesserung der Situation von Fahrradabstellanlagen an der Westseite des Bahnhofes und zu erforderlichen Reparaturen im Bereich des Bahnhofes gegeben wurden. Diese sind aufgenommen worden und werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.

In dem vorliegenden Maßnahmebeschluss wurde entsprechend der Zuständigkeit der Punkt 1 bereits im Bauausschuss beschlossen, so dass für den Haupt- und Personalausschuss nur noch der Punkt 2 zur Beschlussfassung relevant sei.

Aus den eingesparten Mitteln des Stadtumbaus des Programmjahres 2007 wurden uns entgegen unserer Erwartungen noch einmal 64 T€ zur Verfügung gestellt, die allerdings nur in diesem Jahr bis September 2011 noch einzusetzen sind. Die erforderlichen Eigenmittel können über eine Sonderzuweisung abgedeckt werden.

Das Entwicklungskonzept sowie der Maßnahmebeschluss stehen in der nächsten Sitzung des Stadtrates zur Beschlussfassung an.

Ob diese zur Verfügung gestellten Mittel an anderer Stelle dringender gebraucht und eingesetzt werden könnten oder die zur Beschlussfassung anstehende Prioritätenliste konterkarieren, fragte **Herr Rumpf** nach. Hier entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, die Liste befinde sich noch in der Abstimmung und wenn es sie dann gibt, würde sie erst 2012 wirken. Heute stehe man aber vor der Frage, ob diese Fördermittel genutzt werden sollen oder man die Frist verstreichen lassen soll.

Herr Schönemann verwies auf die Beschlusslage zu dieser Achse, wozu es deutliche Mehrheiten gab.

Die Anregung zur Verlegung der Wasserharfe, welche von **Herrn Bönecke** gegeben wurde, werde berücksichtigt, sagte **Herr Bekierz** zu.

In der weiteren Aussprache wurden Fragen zur sonstigen Verwendung der Mittel erörtert. **Herr Giese-Rehm** merkte an, sich bei der Abstimmung zur Vorlage entsprechend zu verhalten, da man in der Fraktion Bedenken habe, jetzt die Verwendung von Mitteln festzulegen, die wir im Haushalt nicht beschlossen haben und uns Optionen im Blick auf die Prioritätenliste bieten würden.

Herr Hantusch erläuterte, die Eigenmittel fallen ohnehin aus dem städtischen Haushalt heraus und fließen an das Land zurück, da Gelder im Stadtumbau vereinnahmt wurden. Ergänzend und etwas korrigierend führte Herr Bekierz aus, nach seinen aktuellen Recherchen wären 44 T€ noch der Anteil der Eigenmittel der Stadt, die zu erbringen sind für abgeschlossene Maßnahmen. Das hänge damit zusammen, dass diese Maßnahmen vorrangig aus Fördermitteln bezahlt und die Eigenmittel noch nicht völlig eingesetzt wurden.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 9:1:0

7.13 Ostrandstraße - Kreuzungsgestaltung Wasserstadt **Vorlage: DR/BV/103/2011/PDR**

Herr Giese-Rehm erklärte sich für diesen Tagesordnungspunkt als **befangen**. Vorangestellt wurde, dass die CDU-Fraktion als Miteinreicher dieser Beschlussvorlage zurückgetreten ist.

Bevor **Herr Bönecke** den weiteren angestrebten Verfahrensweg vorschlug, stellte er kurz den Hintergrund dar, was die Einreicher bewegte, über Alternativen nachzudenken.

- Ohne Eingriff in bestehende Gebäudegrundstücke könne der Kreisel nicht realisiert werden, weil sich nach wie vor Denkmalschutz- und Kulturerbe-Stellen dagegenstellen.
- Auf der jetzt geplanten Trassenführung befinden sich zwei Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, die auf Nachfrage nicht bereit sind, zu den jetzigen Konditionen zu verkaufen. Es müsste also über ein Enteignungsverfahren gehen.
- Ein weiterer Punkt sei Herrn Bönecke im Zusammenhang mit der nun anstehenden Fertigstellung des Kreisels an den Sieben Säulen aufgefallen. Dieser werde die gleiche Höhe haben wie der Kreisel am Deichtor, welches die Stadtgrenze markiert. Bei beiden ändert sich dadurch die Sichtachse.

Aus diesen Gründen habe man überlegt, welche Varianten zur Beibehaltung der Funktion möglich wären, ohne z. B. die Grundstücke einzutreiben und Kosten zu sparen.

Da der ehemalige Miteinreicher auch anregte, dass die Vorlage in den Bauausschuss gehöre, habe man sich dazu entschieden, heute die Verweisung in den Bauausschuss vorzuschlagen.

Herr Schönemann merkte an, dass es gute Zeichen dafür gibt, dass man mit der herkömmlichen Art der Planung mit allen Beteiligten zurechtkäme. Deshalb gebe man die Vorlage als eine Option in den Fachausschuss.

Es erfolgte die Abstimmung darüber, die Vorlage in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu verweisen.

Der Verweisungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Koschig** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.05.11

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin